



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 127'091
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10
Abo-Nr.: 1077515
Seite: 26
Fläche: 12'190 mm²

REVISION DES CO₂-GESETZES

Ein Bären dienst für den Klimaschutz

gvm. · Die Schweiz wird voraussichtlich ihre im Kyoto-Protokoll vorgegebenen Klimaschutzziele verfehlen. Statt jährlich 4,8 Mio. t oder im Durchschnitt 8% weniger CO₂ als 1990 auszustossen, hat die Schweiz ihre Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2008 bis 2012 bisher lediglich um rund 4 Mio. t senken können. Man kann geteilter Meinung sein, ob dies nun viel oder noch immer zu wenig ist.

Zum einen ist eine Volkswirtschaft nichts Statisches. Dank einer vergleichsweise vorbildlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik hat die Schweiz eine Basis dafür gelegt, dass das Land wirtschaftlich prosperiert und ein bevorzugtes Einwanderungsland für gut ausgebildete Fachkräfte geworden ist. Wirtschaftswachstum an sich erhöht schon den Ausstoss von Treibhausgasen. Wäre die Schweiz von einer länger dauernden Rezession erfasst worden, könnten die Reduktionsziele um einiges einfacher erfüllt werden. Dies wäre jedoch ein auf einem äusserst schmerzhaften Weg erreichtes Erfolgserlebnis.

Zum anderen haben die Schweizer Unternehmen nicht einfach den Weg des geringsten Widerstands bzw. die billigste Lösung gewählt und nur ausländische Emissionszertifikate erworben, um ihren Treibhausgasausstoss zu kompensieren. Von den im Rahmen der Stiftung Klimarappen eingegangenen Verpflichtungen entfiel ein Fünftel auf inländische Projekte, obwohl mit dem gleichen Geld im Ausland eine fünfmal höhere Wirkung für das Weltklima erzielt worden wäre.

Mit der derzeitigen Stossrichtung der CO₂-Gesetzgebung würde die Schweiz auf ein praxisnahes, anerkanntes System verzichten, das ohne Bürokratie die erwünschten Resultate liefert. Und dank der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) können sich nun auch KMU ein Energiemanagement leisten, das nicht nur der Umwelt hilft, sondern durch eine bessere Energieeffizienz die Investitionen in den Klimaschutz mehr als kompensiert. Wenn sich sogar Vertreter des WWF Schweiz für einen Weiterbestand der EnAW aussprechen, kann sie wohl nicht alles falsch gemacht haben.